

Monitoring

(Extrem) rechte Strukturen und das zivilgesellschaftliche Gegenengagement 2-2015

Vorwort

Im November 2013 hat das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg (MBT Hamburg) die Broschüre „Umkämpfte Räume. (Extrem) Rechte Strukturen in Hamburg und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie. Eine Bestandsaufnahme“ herausgegeben. Anliegen der Broschüre war es einerseits die (extreme) Rechte in Hamburg zu beleuchten, andererseits das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie zu würdigen. Der vorliegende dritte Monitoring knüpft an den Recherchestand der Broschüre vom November 2013 und die ersten beiden Berichte aus 2014 und Januar 2015 an.

Die verschiedenen AkteurInnen und Strukturen der extremen Rechten und des Rechtspopulismus sind ebenso wenig statisch, wie die Initiativen und Protestformen gegen sie. Veränderungen sind immer wieder zu beobachten. Die umkämpften Räume sind in Bewegung. Die Monitoring Berichte erscheinen darum in unregelmäßigen Abständen, um Interessierten aktuelle Informationen und Wissen über (extrem) rechte Strukturen in Hamburg und über neue Aktivitäten und Initiativen gegen rechts zu liefern, die bewegten Räume darzustellen und zu begleiten. Das Monitoring versteht sich damit als Beitrag zur fachlichen und gesellschaftlichen Debatte und möchte verschiedenen AkteurInnen eine Stimme geben, die ihre eigenen unterschiedlichen Perspektiven einbringen.

In der Analyse „Rechtsruck in der Bürgerschaft - Die Wahlergebnisse der AfD und ihre Interpretation“ wird der Bürgerschaftswahlkampf der rechtspopulistischen Partei im Februar 2015 zusammengefasst und durch den Autor politisch eingeordnet. Ihre Bedeutung erhält die Analyse dadurch, dass die Verbindung von ausgrenzenden Einstellungen in der Gesellschaft und ressentimentgeladenen politischen Parolen betrachtet wird, die auch den Nährboden für extrem rechte Organisationen bilden. Auch die NPD wird kurz in den Blick genommen.

Der Artikel „Zündelnde Mitte - Brandanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete in Escheburg“ betrachtet die Situation in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund empirischer Studien zu rechten Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft.

Der Beitrag „Demokratie leben! – Überblick über ein neues Förderprogramm“ gibt eine Gesamtschau der durch das neue Bundesprogramm finanzierten Projekte.

Die Artikel bieten damit einen Überblick über einige aktuelle Entwicklungen in und um Hamburg.

MBT Hamburg, Mai 2015

**Rechtsruck in der Bürgerschaft
Die Wahlergebnisse der AfD und ihre Interpretation** 2
Von Felix Krebs

**Die zündelnde Mitte – Brandanschlag
auf eine Unterkunft für Geflüchtete in Escheburg** 6
Von Sarah Sott

**Demokratie leben! – Überblick über
ein neues Förderprogramm** 9
Von Jens Schmidt

Rechtsruck in der Bürgerschaft

Die Wahlergebnisse der AfD und ihre Interpretation

Von Felix Krebs

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist durch den Sprung über die 5%-Hürde bei der Hamburger Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015 erstmals auch in einem westdeutschen Parlament vertreten.

Damit ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die rechtspopulistische Partei sich langfristig und bundesweit als eine Partei rechts der Unionsparteien etablieren kann. Dadurch holt die AfD einen Prozess nach, der in den meisten anderen europäischen Ländern schon vor Jahren stattfand. Die Hamburger AfD ist stolz auf diesen Erfolg, rechte Feierstimmung wollte jedoch nicht so recht aufkommen, da aus Teilen des Bundesvorstands moniert wurde, dass die Partei mit 6,1% (bzw. 6,2% über die Wahlkreise) weit hinter den bisherigen Ergebnissen bei den Landtagswahlen in Thüringen (10,6%), Sachsen (9,7%) und Brandenburg (12,2%) zurückgeblieben sei und man ein angeblich vorhandenes Potential von 20% in Hamburg nicht annähernd ausgeschöpft hätte. Die AfD zog mit acht Abgeordneten in die Bürgerschaft ein. Die NPD verlor deutlich und bekam nur 0,3%.

4,98% sehr knapp am Einzug in die Bürgerschaft. Damals hatten die konkurrierenden *Republikaner* (1,8%), NPD (0,1%) und der AfD-Vorläufer *Bund freier Bürger* (BfB, 1,3%) Stimmen gekostet. Bei der Bürgerschaftswahl 1993 bekamen REP (4,8%) und DVU (2,8%) insgesamt 7,6%, auch hier verhinderte nur die inner-rechte Konkurrenz einen Sprung über die 5% Hürde. Ein WählerInnenpotential für Parteien der extremen oder populistischen Rechten gab es also auch in Hamburg schon spätestens seit den 1990er Jahren. Dies wird auch dadurch bestätigt, dass größere, bundesweite soziologische Studien zu rechten Einstellungen in der Bevölkerung (beispielhaft seien die sog. „Mitte-Studien“ der *Friedrich-Ebert-Stiftung* genannt) seit Jahrzehnten konstatieren, dass es in der Bevölkerung ein nicht geringes Potential an rechtsextremen Einstellungen gibt. Bezogen auf einzelne Items, wie national-chauvinistische (12,1%) oder ausländerfeindliche (7,5%) Meinungen, liegen sie aktuell bundesweit noch über dem Hamburger AfD-Ergebnis. Auch die Zustimmung zu der Aussage, der Nationalsozialismus hätte auch seine guten Seiten gehabt, lag in der letzten FES-Mitte-Studie mit fast 10% erschreckend hoch.

Warum konnte die Hamburger AfD das rechtspopulistische Potential nicht voll ausschöpfen?

Unter Konkurrenz hatte die erstmals antretende AfD rechts der Union nicht zu leiden. Einzig die NPD existiert noch als parteiförmige Organisation der extremen Rechten in Hamburg. Der Landesverband ist jedoch so stark nationalsozialistisch geprägt und im Image beschädigt, dass hier eher die AfD von den Nationaldemokraten profitierte, als umgekehrt. Der wesentliche Unterschied zu dem Erfolg von PRO und mit Abstrichen auch denen von REP, DVU und BFB in den 1990er Jahren dürfte das

Rückschau auf vergangene Wahlen und Potentiale

In der Tat hatte die rechtspopulistische Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) unter Richter Ronald Schill 2001 schon 19,4 % in Hamburg geholt. Und 1997 scheiterte die neofaschistische DVU mit

allgemeine politische und mediale Klima, insbesondere zu Fragen von Zuwanderung, Flüchtlingen und Innerer Sicherheit in der Stadt gewesen sein. In den 1990er Jahren dominierte in Hamburger Wahlkämpfen das Thema Innere Sicherheit, oftmals gekoppelt mit rassistischen Aufladungen, welche z.B. angebliche „Drogendealer“ migrantischer Herkunft als eines der dringlichsten Probleme der Stadt ausmachten. Davon konnten REP, DVU und BFB 1993 bzw. 1997 profitieren. Die PRO profitierte dann 2001 von einer massiven publizistischen Förderung durch große Hamburger Medien und eine in Aussicht gestellte Koalition der CDU mit Schill, welche dann nach der Wahl auch geschlossen wurde. Innere Sicherheit spielte im diesjährigen Wahlkampf jedoch kaum eine Rolle und die Themen Zuwanderung und Flüchtlinge wurden durch die bürgerlichen Parteien und Medien anders aufgegriffen als früher.

Die AfD hatte damit in Hamburg nicht nur fast alle großen Medien gegen sich, sondern auch alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, von der Möglichkeit einer Koalitionsbildung ganz zu schweigen. Auch eine charismatische Führungsfigur wie Ronald Schill, der als ehemaliger Amtsrichter geradezu prädestiniert für das Thema Innere Sicherheit war, fehlte dem Hamburger AfD-Verband. Die Themen Euro, EU und Wirtschaft, welche die AfD gerne für sich beansprucht und die der Landesvorsitzende Jörn Kruse als Professor für Makroökonomie auch hätte bedienen können, spielten im landespolitischen Wahlkampf naturgemäß keine Rolle. Und so blieb der Spitzenkandidat sehr farblos und fiel eher durch gestellte Szenen an Wahlkampfständen oder sprachliche Entgleisungen bei Wahlkampfveranstaltungen auf, als durch flammende Reden und mitreißendes Auftreten. Und auch Ex-Innensenator Dirk Nockemann, wohl der einzige AfD-Kandidat welcher außer Kruse überhaupt einen gewissen Bekanntheitsgrad in Hamburg haben dürfte, konnte nicht so recht punkten. Er wird wahrscheinlich noch mit dem katastrophalen Ende von Schill und dessen Partei in Verbindung gebracht. Auch im Wahlkampf bekannt gewordene Kontakte zu extrem rechten Personen dürften seinem Image geschadet haben.

Insgesamt haben die Hamburger WählerInnen der AfD wenige Kompetenzen zugetraut.

65% aller von Infratest dimap Befragten gingen im Januar davon aus, dass die Wahl der AfD hauptsächlich ein Denkzettel für die anderen Parteien sein sollte und nur 26% sahen als Motivation die politischen Inhalte der Partei. Für AfD-WählerInnen standen allerdings mit 57% die Inhalte im Vordergrund, immerhin noch 43% sahen allerdings auch

hier den Wahlschein als Denkzettel. Bei den Themen, welche die AfD als ihre Kernkompetenz sieht, traute man der Partei noch weniger zu. Nur 3% glaubten, die AfD könne eine gute Ausländer- und Integrationspolitik betreiben und gerade mal 4% trauten der Rechtspartei zu, Zuwanderung zufrieden stellend zu organisieren. Dass die AfD die wichtigsten Probleme Hamburgs lösen könne, glaubten gar nur 1% der vor der Wahl von Infratest-Dimap befragten Personen.

Wer wählte wo die AfD?

Auch in Hamburg bestätigte sich, dass die AfD eine Männerpartei ist. Es kandidierten nur zwei Frauen unter 28 Männern und sie wurde von 7% der männlichen und 5% der weiblichen Wahlberechtigten gewählt. In den unterschiedlichen Altersgruppen gab es keine signifikanten Unterschiede im Wahlverhalten, nur die erstmals wahlberechtigten 16-17jährigen Jugendlichen wählten mit 4% eher selten die AfD.

Die AfD-WählerInnen kamen nach einer ersten Analyse der *Forschungsgruppe Wahlen* aus folgenden Berufsgruppen: 9% der ArbeiterInnen, 5% der Angestellten und jeweils 6% aus den Gruppen der Selbstständigen und BeamtInnen. Andere Analysen divergieren leicht, jedoch konstatieren auch diese den höchsten Zuspruch aus dem ArbeiterInnen-Milieu. Das *Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein* gibt leicht überdurchschnittliche Ergebnisse für die AfD in Stadtteilen mit hohem Anteil an Harzt-IV-EmpfängerInnen (7,4%) und in Stadtteilen mit niedrigem durchschnittlichem Einkommen an (7,2%).

Die AfD, welche erstmals in die Bürgerschaft gewählt werden konnte, zog WählerInnenstimmen von allen Parteien ab. Sie bekam 21% ihrer Stimmen aus der Gruppe der NichtwählerInnen (8.000 Stimmen), 24% von kleineren Parteien (9.000), 21% von der CDU (8.000), 18% von der SPD (7.000 Stimmen), 10% von der FDP (4.000) und jeweils 3% ihrer Stimmen von Linken und Grünen (je 1.000). Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zu den ostdeutschen Ländern, wo größere Potenziale von ehemaligen Linken-WählerInnen stammten. Für die NPD ist eine Wählerwanderung nicht erfasst worden, bei der Bürgerschaftswahl 2011 bekam sie noch 0,9% der Stimmen, jetzt nur noch 0,3% - ein großer Teil dürfte zur AfD gewandert sein.

Die WählerInnenwanderungen lassen vermuten, dass ein beliebter Erklärungsansatz von VertreterInnen der Extremismustheorie, wonach

enttäuschte „ProtestwählerInnen“ mal rechte und mal linke „extremistische oder populistische“ Parteien wählen hier nicht zutrifft. Zumindest für den Stadtstaat Hamburg scheint zu gelten, dass eine inhaltliche Nähe zu den Kernthemen bestehen muss, um einer Partei rechts der Union die Stimme zu geben.

Die AfD erzielte überdurchschnittliche Ergebnisse in den Bezirken Wandsbek (7,1%), Bergedorf (7,5%) und Harburg (8,7%) sowie in Mitte (6,8%). In den ersten drei genannten Bezirken erzielten Parteien der extremen Rechten, wie REP, DVU und NPD, auch in den vergangenen Jahrzehnten überdurchschnittliche Ergebnisse im Vergleich zum Landesergebnis. Hochburgen der AfD bezogen auf die Stadtteile waren Billbrook (13,3%), Neuland/Gut Moor (11,5%), Moorfleet (11,4%), Wilstorf (10,3%) und Langenbek (10,2%).

Ressentiments wurden belohnt

Viele KommentatorInnen der Hamburger Wahl heben hervor, dass sich der Hamburger Landesverband und insbesondere der Landesvorsitzende Kruse mit rechtspopulistischen, sie schreiben meist von (national-) konservativen, Äußerungen zurückgehalten hätte und auch die bekannten Rechtsaußen-PolitikerInnen der AfD wie Alexander Gauland, Beatrix von Storch und Frauke Petry nicht zu Wahlkampfveranstaltungen eingeladen hätten. Im Vergleich zu den ostdeutschen Wahlkämpfen mag das stimmen. Gauland und Petry wurden allerdings vom rechten Hamburger Jugendverband *Junge Alternative* (JA) zwei Wochen vor der Wahl zu den rechten Klassiker-Themen „Meinungsfreiheit heute – zwischen Pegida und Political Correctness“ eingeladen. Und der Landesverband versuchte trotz formaler Abgrenzungen immer wieder Themen von rechts zu besetzen.

Den Auftakt bildete die Strafanzeige der Kampfnagel Intendantin Amelie Deuffhard wegen der Unterstützung von Flüchtlingen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Es folgte eine wohlwollende Erklärungen zur rassistischen Bewegung Pegida, nebst scharfer Verurteilung der „Politischen Klasse“ und etablierter Medien durch Kruse, denen er „Staatspädagogik“ und „reflexhafte Schnellschüsse“ vorwarf. Und auf einer Großveranstaltung bezeichnete der Landeschef vollverhüllte muslimische Frauen als „schwarze Monster“. Außerdem wurden im Verlauf des Wahlkampfes immer wieder Verbindungen von AfD-KandidatInnen zur extremen Rechten bekannt.

Trotzdem wurde die AfD gerade wegen ihrer Ressentiments gewählt. 33% der AfD-WählerInnen gaben laut Infratest dimap an, das unter mehreren Themen das Thema Ausländer/Zuwanderung für sie wahlentscheidend war. Gefolgt von den Themen Bildung (26%) und Verkehr/Infrastruktur (21%). Der Ansicht „Hamburg hat zu viele Flüchtlinge“ stimmten 23% aller WählerInnen zu, aber 59% der AfD-WählerInnen. Letztere empfinden auch zu 42% Flüchtlinge „als Problem im Alltag“, während dieses nur 11% aller WählerInnen empfinden. Gar 73% der AfD-WählerInnen haben Verständnis für Pegida, während dies nur 20% der CDU-WählerInnen haben.

Differenziert abgegebene Stimmen für bestimmte AfD-KandidatInnen lassen ebenfalls vermuten, dass besonders rechte Äußerungen und Aktivitäten vom Wahlvolk belohnt wurden. Jeder und jede Wahlberechtigte hatte fünf Stimmen sowohl für seinen Landeslistenstimmzettel, wie auch für seinen Wahlkreisstimmzettel zu vergeben. Diese konnten kumuliert und panaschiert werden, es konnten also KandidatInnen, welche von ihrer Partei auf eigentlich aussichtslose, hintere Plätze gesetzt wurden, gezielt nach vorne und damit in die Bürgerschaft gewählt werden. Die AfD durfte mit acht Abgeordneten in die Bürgerschaft einziehen. Die ersten sechs über die vorgeschlagene Liste, die beiden anderen über die meisten Personenstimmen auf der Landesliste, ein Direktmandat errang die Partei nicht. Alexander Wolf (Platz 9) und Dr. Ludwig Flocken (Platz 15) wären eigentlich nicht in der Fraktion, Wolf bekam jedoch 1700, Flocken gar 1.800 Stimmen und damit mehr als die auf Platz 7 und 8 platzierten Kandidaten. Wolf und Flocken sind in Hamburg ähnlich unbekannt wie alle anderen AfDlerInnen, außer Kruse und Nockemann. Beide fielen jedoch im Wahlkampf durch ihre rechtsaußen Aktivitäten auf: Wolf, weil er Alter Herr einer schlagenden Burschenschaft ist, deren aktive Studenten vom bayrischen Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet werden. Im aktuellen VS-Bericht heisst es: „Die Aktivitas der Burschenschaft Danubia agiert revisionistisch und propagiert einen übersteigerten Nationalismus im völkischen Sinne.“ Wolf selbst behauptete im Fernsehen „Immigranten haben deutlich häufiger ein Messer am Mann und das Messer sitzt deutlich lockerer.“

Flocken sprach kurz vor der Wahl auf einem von Neonazis dominierten Aufmarsch in Schwerin, verglich dort Gegendemonstranten mit der nationalsozialistischen SA und rückte Familienministerin Manuela Schwesig in die Nähe von Adolf Hitler. Kontext und die Wortwahl waren so stark neonazistisch geprägt, dass sich sogar Spitzenkandidat Dirk Nockemann gegenüber der *Bergedorfer Zeitung* von dem Vorfall distanzierte. Trotzdem, oder gerade deshalb, erhielt Flocken sogar mehr Stimmen als der an Stelle fünf der Landesliste platzierte Detlef Ehlebracht. Ein gezieltes nach vorne wählen ließ sich auch bei Karina Weber beobachten, die weit abgeschlagen auf Platz 22 kandidierte, mit 1450 Stimmen allerdings auf Platz 9 landete und damit den Einzug in die Bürgerschaft knapp verfehlte. Auch Weber fiel vor allem durch muslimfeindliche, rechtspopulistische und verschwörungstheore-

tische Internetbeiträge auf und war Mitglied einer neonazistischen Facebookgruppe, die propagiert, dass Deutschland nur ein Konstrukt der Alliierten sei und das Reich in den Grenzen von 1937 fortbestehe.

Ausblick

Noch in der Wahlnacht brach in der Bundeszentrale der AfD der Streit über die Lehren, welche man aus der Hamburger Wahl ziehen könne, offen aus. Die AfD bediene sowohl bürgerliche wie marktliberale bis konservative Themen, dozierte Frauke Petry, die als Sachsen-Chefin knapp zehn Prozent für die AfD holte. Auch in Hamburg hätte man all das „engagiert bedienen“ müssen. Ihr Co-Sprecher aus der Bundesspitze, Konrad Adam sekundierte in der *Welt*: „Wir haben es in Hamburg mit der Marktliberalität vielleicht etwas zu weit getrieben.“ Er sei nicht gegen marktliberale Themen. „Aber wir müssen die Balance wahren und dürfen das Konservative nicht verdrängen.“ Und auch die neurechte Zeitung *Junge Freiheit*, inzwischen das inoffizielle Parteiorgan der AfD, monierte, dass auf Einladung von VertreterInnen des rechtspopulistischen Flügels „offenbar demonstrativ verzichtet wurde.“ Diese Kritiken richteten sich nicht nur gegen die Hamburger AfD und ihren Landeschef, sondern auch gegen den Anführer und Hamburger Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke und seinen engen Gefährten Hans-Olaf Henkel, welche

den konservativ-neoliberalen Flügel der AfD verkörpern. Lucke möchte Ende des Jahres gerne zum alleinigen Bundessprecher der AfD, mit einem starken und ihm ergebenen Generalsekretär an seiner Seite, gewählt werden. Es ist zu befürchten, dass die AfD in zukünftigen Wahlkämpfen, die nächste Landtagswahl ist am 10. Mai in Bremen, vermehrt auf den rechtspopulistischen Flügel und deren Themen setzen wird, und dass Lucke dem nachgeben wird, um sich seinen Spitzenplatz zu sichern.

In Hamburg wird die AfD-Fraktion jedoch nun beweisen müssen, dass sie tatsächlich zu parlamentarischer Politik fähig ist. Außer Dirk Nockemann hat kein AfD-Abgeordneter Erfahrung in einem Landesparlament gesammelt. Nockemann, Alexander Wolf und Ludwig Flocken können eher dem rechtspopulistischen Flügel der Fraktion zugerechnet werden, während Vorsitzender Kruse die Marktradikalen anführt. Wie auf Bundesebene sind hier Konflikte nicht auszuschließen. Die Bezirksparlamente, in allen ist die AfD seit Mai 2014 vertreten, bieten wenig Anhaltspunkte für eine Einschätzung der Politikfähigkeit der AfD. Außer der Feststellung, dass sie dort bisher wenig Aktivität entfaltete. ■

Quellen:

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Infratest dimap, zitiert nach: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/umfrage-afd.shtml>

http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Grafiken_zu_aktuellen_Wahlen/Wahlen_2015/Hamburg_2015/

Forschungsgruppe Wahlen e.V., Newsletter Hamburg 2015-1-2

Infratest dimap, zitiert nach: http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/analyse-wanderung.shtml#16_Wanderung_AFD

<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/hamburg/laender-trend/2015/januar-ii/>

Randnotiz zur NPD

Die älteste und über die 50 Jahre ihres Bestehens immer noch erfolgreichste Partei der extremen Rechten verlor in Hamburg weiter und holte gerade mal 0,3 %. Sie ist damit parteipolitisch bedeutungslos. Sie konnte nicht in allen Wahlkreisen Kandidatinnen aufstellen und muss zum wiederholten Male auf staatliche Wahlkampfkostenerstattung (ab 1%) verzichten. Ihr Wahlkampf war von geringerer Aktivität geprägt als in früheren Jahren. Propaganda fand wenig über Print-Erzeugnisse und hauptsächlich per Internet statt. Einzig durch zwei Kundgebungen, bzw. durch die Gegenproteste,

erlangte die Partei, wenn auch nur negative, Aufmerksamkeit. Ihre Mitgliederzahlen sanken allerdings in den letzten Jahren nur wenig und sie kann auf einige jahrzehntlang erfahrene Kader zählen, welche durch viele Krisen gegangen sind. Ein Übertritt dieser zur AfD, bleibt ihnen verwehrt, wenn sie es überhaupt wollten. Die NPD scheint auch immer noch eine gewisse Anziehungskraft für junge Neonazis zu haben. Der Landesverband meldete jedenfalls jüngst die Reorganisation des eingeschlafenen Jugendverbandes **Junge Nationaldemokraten** in Hamburg. Und so wird die NPD auch in

Hamburg bis auf weiteres eine Partei für diejenige neonazistische Klientel bleiben, der eine rein subkulturelle Szenezugehörigkeit nicht ausreicht. Die NPD kann immer noch jahrzehntlang erworbenes Wissen schulden, hat einen hohen Organisationsgrad bezogen auf die Größe und eine große Erfahrung im „Kampf um die Straße“. Sie kennt alle juristischen Winkelzüge und hat sich bisher als verbotsresistent erwiesen.

Die zündende Mitte – Brandanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete in Escheburg

Von Sarah Sott

Am 09.02.2015 kam es zu einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus in der Gemeinde Escheburg (Kreis Herzogtum Lauenburg), welches als Unterkunft für Geflüchtete von der Gemeinde erworben wurde und wo sechs irakische Männer am darauffolgenden Tag einziehen sollten. Glücklicherweise entstand nur ein Sachschaden, da das Haus in der ruhigen Wohngegend Escheburgs noch unbewohnt war.

Wie an vielen anderen Orten in Deutschland führte die Entscheidung der Kreisverwaltung das Haus als Unterkunft für Geflüchtete bereit zu stellen, zu Widerstand aber auch zu Willkommensgesten innerhalb der Gemeinde. Teile der Nachbarschaft beschwerten sich über die kurzfristige Unterrichtung durch die Kreisverwaltung, obwohl die Unterbringung der Geflüchteten schon seit Dezember öffentlich bekannt war. Problematisiert wurde von einigen NachbarInnen, dass sie bisher davon ausgegangen waren, dass Familien in das Haus einziehen würden. Relativ kurzfristig wurde dann von der Kreisverwaltung beschlossen, dass sechs irakische Männer das Haus beziehen sollten. Den Freitag vor dem Einzug ging Bürgermeister Rainer Bork von Tür zu Tür, um die NachbarInnen darüber aufzuklären, dass in der folgenden Woche die Geflüchteten das Haus beziehen würden. Allerdings hatte die Nachbarschaft schon durch die Handwerker ein paar Tage zuvor erfahren, dass statt den geplanten Familien Männer in dem Wohngebiet untergebracht würden.

Am darauffolgenden Montag suchten 15 Personen die Kreisverwaltung auf, um sich bei der Amtsvorsteherin zu beschweren und ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Die Stimmung im direkten Umfeld des Hauses war nach Angaben der Amtsvorsteherin sichtlich aufgeladen. Dem Bürgermeister wurde mit einer Anzeige bedroht, sollten die Beschwerdeführer als rechtsextrem bezeichnet werden. Es gab jedoch auch viele positive Reaktionen im Ort. Schon vor dem Anschlag gründete sich

durch die Initiative der Pastorin der Gemeinde ein UnterstützerInnenkreis. Die Gruppe befand sich zu dem Zeitpunkt noch in ihrer Gründungsphase. Es lässt sich festhalten, dass es in dem Ort durchaus konträre Reaktionen auf die geplante Ankunft der Geflüchteten gab.

Kurze Zeit nach dem Besuch der Kreisverwaltung wurde der Brandanschlag auf das Haus verübt. Ein Kanister wurde durch ein Fenster in das Haus geworfen und angezündet. Obwohl das Feuer tagsüber gelegt wurde, ließen sich keine ZeugInnen finden. Ein paar Tage später konnte der mutmaßliche Täter festgenommen werden. Es handelte sich bei dem Verdächtigten um einen Nachbarn, der aufgrund der DNA Spuren am Streichholz identifiziert wurde. Die Tat wurde allem Anschein nach nicht von Neonazis verübt, sondern von einem bisher unauffälligen Familienvater und Finanzbeamten.



Gegenreaktionen

In Escheburg kam es an dem folgenden Wochenende zu zwei unterschiedlichen Kundgebungen mit denen die Empörung über den rassistischen Anschlag und die Solidarität mit geflüchteten Menschen zum Ausdruck gebracht werden sollte. Am 14.02. mobilisierten AntifaschistInnen nach Escheburg. Dem Aufruf folgten circa 100 Menschen, jedoch kaum EscheburgerInnen. Am Sonntag, den 15.02., kam es zu

einer Mahnwache, an der auch Ministerpräsident Torsten Albig und Innenminister Stefan Studt teilnahmen. Trotz der Teilnahme des Ministerpräsidenten nahmen nur circa 500 Menschen an der Kundgebung teil, unter ihnen jedoch viele EscheburgerInnen. Der Bürgermeister betonte nach dem Anschlag seine Erschütterung und fürchtete um einen Imageverlust des Ortes.

Die zuständige Kreisverwaltungsvertreterin zeigte sich über den Vorfall empört und stellte klar, dass die Geflüchteten weiterhin in Escheburg und auch in dem Haus untergebracht werden sollen, sobald dieses von den Schäden des Brandes befreit sei. Sie stellte sich auch der Diskussion mit den NachbarInnen und führte aus, dass sie für den Widerstand wenig Verständnis hätte. Der Bürgermeister betonte in einem Interview, dass er froh sei, dass der Anschlag nicht von Rechtsextremisten begangen worden wäre. Rechtsextremisten im Ort würden einen Imageschaden bedeuten. Die Tat eines bis zu dem Anschlag nicht auffälligen Nachbarn scheint demgegenüber offenbar weniger gravierend. Dass das Ereignis jedoch eine Grenzüberschreitung von einem nicht-rechten Nachbarn bedeutet und sich RassistInnen im Recht sehen, Anschläge zu verüben und trotzdem als integre Nachbarschaft wahrgenommen werden, hebt die „Fragilität“ des Konzepts der Mitte der Gesellschaft hervor.

Am 23.02. fand eine große Ortsversammlung statt, um den EscheburgerInnen die Möglichkeit der Diskussion zu geben. Der Raum war zu klein, denn circa 300 Menschen nahmen an der Diskussion teil. Neben den GegnerInnen der Unterkunft, die ihre Argumente gegen die vermeintliche Bedrohung durch die Geflüchteten kundtaten, gab es eine überwiegende Mehrheit im Saal, die sich deutlich dafür aussprach, die Geflüchteten willkommen zu heißen und offen auf sie zuzugehen. Der UnterstützerInnenkreis ist seit dem Anschlag deutlich gewachsen. Im April werden Container für weitere Geflüchtete in Escheburg aufgestellt, so dass die Begrüßungsinitiative weitere Aufgabenfelder hinzu bekommt, um die Geflüchteten als Menschen willkommen zu heißen und nicht als angebliche Kriminelle zu stigmatisieren.

Das Klima gegenüber Geflüchteten in der Mitte der Gesellschaft

Auf politischer Ebene wurde der Anschlag scharf verurteilt. Von extrem rechter Seite wurde hingegen Verständnis und Wohlgefallen

geäußert. Auf der Homepage „Nationaler Widerstand Schleswig Holstein“ lässt sich nachvollziehen, dass Ideologien gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zwar am deutlichsten von Nazis geäußert werden, sich inhaltlich jedoch kaum ein Unterschied zu Teilen der Mitte der Gesellschaft und ihrer Argumentation erkennen lässt. Männliche Geflüchtete seien eine Gefahr in einem familienbewohnten Gebiet, argumentierten auch die NachbarInnen. Nach dem Anschlag und den vielen Interviewanfragen zogen es viele NachbarInnen vor der Presse nicht mehr zu antworten. Ähnlich wie an anderen Orten wurde den JournalistInnen misstraut. AnwohnerInnen sahen sich in die rechte Ecke gedrängt. Dennoch liegen einzelne Interviews vor. In diesen zeigten Teile der NachbarInnen ihre Ablehnung gegenüber den Geflüchteten. Zwar wurde der Anschlag verurteilt, dennoch änderte dies nichts an ihrer abweisenden Einstellung. Den geflüchteten Männern wurde unterstellt, Kinder und Frauen zu belästigen, zudem würden sie eine Gefahr für die nahegelegene Schule als auch den Kindergarten darstellen. Einzelne direkte NachbarInnen erklärten, dass die Männer Sicht auf ihre Gärten hätten, wo sich die Frauen im Sommer in kurzen Hosen aufhielten, was verstörend oder provozierend auf irakische Männer wirken würde und die Frauen sich im Notfall nicht gegen die Überzahl der Männer wehren könnten. Angenommen wurde, dass die Geflüchteten aggressiv sowie gefährlich seien und aus Langeweile übergriffig werden. Ein Nachbar führte an, dass die Umgebung für die Kinder eine Idylle biete, die durch den Hintergrund von Krieg und Flucht der neuen Nachbarn zerstört würde. Zusätzlich wurde ein Werteverlust der Immobilien durch den Zuzug befürchtet.

Dass Rassismus kein Alleinstellungsmerkmal von Rechtsextremen ist, sondern bezogen auf Asylsuchende in allen Teilen der Gesellschaft angetroffen werden kann, wird bisher nicht ausreichend anerkannt. Aus diesem Grund lässt sich auch erklären, warum der Verweis nicht rechtsextrem zu sein, immer einen Versuch markiert, den eigenen Rassismus als berechtigte Denkweise darzustellen. Denn nur Neonazis werden nicht in den gesellschaftlichen Kanon integriert. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus der Mitte erscheint als legitim.

In den unterschiedlichen Äußerungen der GegnerInnen zeigen sich verschiedene Argumentationsweisen. Das Argument irakische Männer könnten sich beim Anblick von Frauen in kurzer Kleidung nicht zurückhalten, verdeutlicht das rassistische Stereotyp des „fremden“ Vergewaltigers. Begründet wird dieses mit dem kulturellen Hintergrund der vermeintlichen „Anderen“. So gelingen einerseits das „Othering“ (d.h. die Konstruktion der vermeintlich „Anderen“) und andererseits die Selbstdarstellung als aufgeklärt. Zu dieser Argumentation gesellt sich eine klassistische, die sich gegen sozial Schwache richtet: Der Zuzug von Geflüchteten wird als sozialer Makel empfunden und mit der Angst vor dem Wertverfall der Immobilien in dem Wohngebiet verknüpft. Geflüchtete werden als Last empfunden. Ähnlich wie der Versuch rassistische Aussagen hinter „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber...“

zu verbergen, wird auch von Seiten der betreffenden NachbarInnen in Escheburg versucht, diese Haltung zu verstecken. Die Kritik daran, als rechtsextrem dargestellt zu werden, ist ein Abwehrreflex und versucht die eigenen abwertenden Haltungen gegenüber bestimmten sozialen Gruppen zu verbergen.

Die Wut über den Zuzug der Geflüchteten und die rassistische Vorurteile ermöglichten die Tat. Dass die Geflüchteten nicht als zukünftige neue NachbarInnen wahrgenommen werden, sondern ausschließlich als Störungspotenzial ist eine deutliche Spielart der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Der mutmaßliche Täter wusste die anderen NachbarInnen hinter sich, was seine Hemmschwelle minderte. Die geistige Brandstiftung ebnete den Weg für die praktische Umsetzung. Nach Medienberichten legte der Verdächtige vor dem Haftrichter ein umfassendes Geständnis ab.

Kein Einzelfall

Die Situation in Escheburg ist ein Beispiel unter vielen. Rassistische Denkweisen und sozialdarwinistische Argumente finden sich nicht nur bei Nazis sondern in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Das Ereignis bestätigt damit in deutlicher Weise die Ergebnisse der Studie

von Zick und Klein, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. 61% der Befragten befürworteten, dass der Staat strenger bei der Prüfung von Asylanträgen sein sollte. Immerhin 40% unterstellten, dass die meisten AsylbewerberInnen gar nicht verfolgt würden. 27% stimmten der Aussage größtenteils zu, dass Menschen, die keinen Nutzen für die Gesellschaft haben, auch keine Leistungen erhalten sollten. Dies legt die Verwertungslogik und das neoliberale Gedankengut offen. Diese Einstellungen drücken sich auch in anderen Städten und Orten in der Abwehr von der Unterbringung von Geflüchteten in der direkten Nachbarschaft aus: In Harvestehude wählten GegnerInnen der Unterbringung von Geflüchteten den rechtlichen Weg, um die Stadt an dem Vorhaben zu hindern. In Dresden, wo im Zuge der Proteste von Pegida die Anzahl rassistischer Angriffe zunahm. In Grabau (Kreis Storman) wurde eine Rauchbombe in einem Haus gezündet, in dem Geflüchtete wohnen. Bisher sind die TäterInnen nicht ermittelt. Bundesweit verstärkte sich die Mobilisierung gegen die Unterbringung von Geflüchteten 2014 nach der Auswertung von der Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl. Insgesamt gab es 2014 77 gewaltsame Übergriffe auf Flüchtlinge, 35 Brandanschläge auf Unterkünfte, 118 Sachbeschädigungen und 256 flüchtlingsfeindliche Kundgebungen. Umso wichtiger sind die Initiativen, die Geflüchtete willkommen heißen und die Menschen bei ihrer Ankunft unterstützen, so auch in Escheburg und anderen Orten. Die Stimmung bei der Ortsversammlung lässt darauf schließen, dass die große Mehrheit die Tat verurteilt und sich den GegnerInnen weiterhin entgegenstellen wird. ■

Zum Weiterlesen: Zick, Andreas/Klein, Anna (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Dietz-Verlag

Demokratie leben! – Überblick über ein neues Förderprogramm

Von Jens Schmidt

Im Bereich der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus, des Engagements gegen die extreme Rechte sowie der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Ausgrenzung aus und in der Mitte der Gesellschaft sind zivilgesellschaftliche Initiativen, lokale Bündnisse und unabhängige politische Bewegungen unersetzliche AkteurInnen: Die Selbstorganisation von Geflüchteten, Recherche von Antifa-Gruppen, feministische Kampagnen, Bürgerbündnisse für Willkommenskulturen oder ehrenamtliche Jugendarbeit engagieren sich unermüdlich und unter häufig schwierigen Bedingungen gegen Diskriminierung mit dem Ziel einer gerechteren Gesellschaft. Ohne sie würden die extreme Rechte und ihr Gedankengut auch in Hamburg nicht auf so einen entschlossenen Widerstand stoßen.

Zusätzlich zu diesen unabhängigen Strukturen existiert in Hamburg eine Vielzahl von Einrichtungen und Projekten, die mit staatlicher Förderung arbeiten und Bildung, Beratung, Vernetzung und Expertise gegen Rechts anbieten. Neben dem *„Hamburger Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus: Hamburg – Stadt mit Courage“* ist es vor allem das Bundesprogramm *„Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das aktuell für die Förderung maßgeblich von Bedeutung ist.

Das Programm löst seit dem 1. Januar 2015 das noch von Kristina Schröder verantwortete Programm *„Toleranz fördern – Kompetenz stärken“* (2011-2014) ab, dessen Laufzeit von verschiedenen problematischen Aspekten begleitet wurde: Beispielsweise die verfassungsrechtlich zweifelhafte und gesellschaftspolitisch fatale Extremismusklausel oder der Einbezug von Projekten gegen Linksextremismus, die nicht erst seit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung durch das

Deutsche Jugendinstitut als einseitig und methodisch schwach sowie ohne eigentlichen Bedarf bezeichnet werden können. Ein Abschlussbericht zur Arbeit in der Förderperiode liegt inzwischen vor (<http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/fileadmin/de.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken/content.de/Downloads/PDF/TFKS-Abschlussbericht.pdf>).

Auch wenn sich das neue Programm *„Demokratie leben!“* noch in seiner Start- und Konzipierungsphase befindet und für einige Projekte noch keine endgültigen Bewilligungen vorliegen, lassen sich schon einige Aspekte seiner Ausgestaltung im Bund und in Hamburg beschreiben: Es ist mit insgesamt 40,5 Millionen Euro durch Manuela Schwesig besser finanziert als das Vorgängerprogramm und bietet den geförderten Projekten mehr Sicherheiten. Allerdings steht die fünfjährige Laufzeit für jedes Projekt weiterhin unter jährlichem Neubewilligungsvorbehalt und die Forderung nach Überführung der Arbeit in die Regelförderung steht weiterhin im Raum. Inhaltlich umfasst das Programm die Bereiche *„Partnerschaften für Demokratie“*, *„Demokratiezentren“*, *„Förderung zur Strukturentwicklung bundeszentraler Träger“*, *„Förderung von Modellprojekten zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum“* sowie *„Förderung von Modellprojekten zur Radikalisierungsprävention“*.

Durch die *„Partnerschaften für Demokratie“* werden kommunale Initiativen unterstützt, d.h. Kommunen, Landkreise oder städtische Bezirke, die lokale AkteurInnen vernetzen und Mikroprojekte initiieren. Zu den bundesweit bislang 171 ausgewählten Fördergebieten gehören in Hamburg auch St.Georg-Hamm-Borgfelde, Billstedt und Harburg. In St.Georg kann die Arbeit an die umfangreichen Erfahrungen und bestehenden Netzwerkstrukturen aus vier Jahren *„Lokaler Aktionsplan“* anknüpfen (s. <http://www.vielfalt-stgeorg.de/>). Die Koordination liegt

hier beim Institut für Konfliktaustragung und Mediation (ikm) genauso wie für den neuen Bereich Billstedt, dessen inhaltliche Ausrichtung wiederum stark auf „aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit sowie islamistische Orientierungen und Handlungen“ fokussiert. In Harburg wird das Netzwerk von der Lawaetz-Stiftung koordiniert und umfasst die Themenschwerpunkte Islamfeindlichkeit, Islamismus, Rechtsextremismus und Integration/Anerkennung von Flüchtlingen. Antragsteller für die Partnerschaften sind hier die Bezirksämter Mitte und Harburg.

Im Rahmen der Förderung zur Strukturentwicklung bundeszentraler Träger werden 27 Organisationen unterstützt, die in den jeweiligen Themenfeldern profiliert und schon länger aktiv sind, darunter auch in Hamburg bekannte Einrichtungen wie beispielsweise das Archiv der Jugendkulturen, Cultures Interactives, Anne Frank Zentrum, Gegen Vergessen, Amadeu Antonio Stiftung, Schule ohne Rassismus, Gesicht zeigen!, Dialog macht Schule, Jugendnetzwerk Lambda, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, ufuq e.V. oder auch die Türkische Gemeinde in Deutschland, das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Erstmals gefördert werden auch der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und der Förderverein Bundesweite Mobile Beratung, wodurch eine verstärkte Vernetzung und ein intensivierter Austausch der Beratungsteams sicher gestellt werden soll. Nicht einbezogen wurden die im KJP (Kinder- und Jugendplan) tätigen bundeszentralen Träger der politischen Jugendbildung.

Eine breite Palette an Projekten startet gerade in der Fördersäule „Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum“. Die größte Anzahl der 54 Projekte bezieht sich auf den Teilbereich Islam-/Muslimfeindlichkeit (14), beispielsweise „Engagement Crew – Bring Dich ein, hinterlasse Spuren und schreib Geschichte“ des Vereins Young Voice der Türkischen Gemeinde Deutschlands (Berlin) oder „Elternzeit im Ramadan?! – Muslimische Väter im Fokus“ des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (Leipzig). 13 Projekte beschäftigen sich mit aktuellen Formen des Antisemitismus, etwa das Programm „Schlussstrich, Weltbank, Israel – Methoden für die Auseinandersetzung mit modernen Formen des Antisemitismus“ von Hatikva – Bildungs- und Begegnungsstätte Sachsen oder „Wenn Anne ein rosa Pali-Tuch trägt. Ein Lernlabor zu Antisemitismus und Jugendkultur in der Migrationsgesellschaft“ der Bildungsstätte Anne Frank (Hessen). Bildungsarbeit gegen Homo- und Transphobie entwickeln 9 Projekte, darunter „Kicks and Gender – Geschlechterreflektierende Sozialarbeit mit Fußballfans“ des Instituts für Sportwissenschaften (Uni Hannover) oder „Trans*Visible – Wissen und Support für Akzeptanz und Gewalt“ des Vereins TransInterQueer (Berlin). Auch zum Themenfeld Antiziganismus arbeiten 9 Projekte – beispielsweise „Dikhen amen! Seht uns! – Empowerment und

Sensibilisierung gegen Antiziganismus aus Sicht junger Roma und Sinti“ von Amaro Drom oder „RromaniPhen“ des Verbands für Interkulturelle Arbeit Berlin/Brandenburg. Schließlich beschäftigen sich Projekte mit der Demokratieentwicklung im ländlichen Raum, so „Perspektywa plus – vom Grenzraum zum Begegnungsraum“ der RAA Mecklenburg oder „Jugend im Land 3.0 – Digitale Demokratie- und Engagementförderung im ländlichen Raum“ (Sachsen-Anhalt). Auffällig ist, dass allein 19 der Projekte in Berlin verortet sind. In Hamburg startet lediglich ein Projekt aus diesem Bereich. Die Islamische Religionsgemeinschaft DITIB Hamburg und Schleswig-Holstein hat erfolgreich ein Projekt mit dem Titel „Mein Weg! Jugend vor Ort“ zum Themenschwerpunkt „Islam-/Muslimfeindlichkeit“ beantragt, das auf den bereits vorhandenen Erfahrungen von Projektarbeit aufbauen kann.

„Radikalisierungsprävention“ ist das Stichwort für einen weiteren Förderbereich, in dem – ganz nach der alten Extremismuslogik – 36 Projekte gegen Rechts, Links und Islamismus zusammengefasst sind. Hier ist Hamburg mit zwei Projekten vertreten: Das Islamische Wissenschafts- und Bildungsinstitut beginnt gerade ein Projekt mit dem Titel „Al-Wasat – Die Mitte“ zu islamistischen Orientierungen und Handlungen. Die Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) hatte bereits im Projekt „Filme zur Integrations- und Präventionsarbeit mit jungen Muslimen“ (FIP) Filme und Materialien entwickelt, die sich an PädagogInnen und andere MultiplikatorInnen wenden, die mit jungen Muslimen und MigrantInnen arbeiten. Sie vermitteln Kenntnisse über die Lebenswelten von jungen Muslimen in Deutschland, informieren über Fragen, die muslimische Jugendliche und junge Erwachsene in Bezug auf ihre Religion beschäftigen und geben Hinweise zur pädagogischen Arbeit in diesem Themenfeld. Mitte des Jahres wird das Projekt „Alternativen aufzeigen!“ starten, das hieran anschließt und Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus behandelt.

Im Bereich der Rechtsextremismusprävention sind verschiedene Träger vertreten, die seit Jahren bewährte Arbeit leisten: Das Zentrum Demokratische Bildung (Arbeit und Leben Niedersachsen) startet beispielsweise ein Projekt „Seitenwahl“. „DisTanZ – Trainingsmaßnahmen für Risikojugendliche und lokal verankerte Zentren zu Radikalisierungsprävention“ ist der Antragstitel eines neuen Projekts von cultures interactive.

Im bundesweiten Kontext interessant sein dürfte, welche Konzepte und Arbeitsergebnisse die drei Berliner Projekte gegen linke Militanz abliefern. Wieder mit einem Projekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ dabei ist die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, deren Arbeit durch das DJI (Deutsches Jugendinstitut) in der Vergangenheit Inkompetenz nachgewiesen wurde: „weitreichend einseitige Materialauswahl“ und einen „unausgesprochenen Totalitarismusverdacht“ gegen linke Strömungen.

In der zentralen Säule des Bundesprogramms und seiner Vorgängerprogramme befinden sich die Koordination des landesweiten Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus sowie die drei Arbeitsfelder Mobile Beratung, Opferberatung und Ausstiegsberatung – jetzt neu zusammengefasst unter dem Dach sogenannter Demokratiezentren. In Hamburg wird auch zukünftig das Beratungsnetzwerk mit seinen verschiedenen AkteurInnen (Sozial-, Schul- und Innenbehörde, zivilgesellschaftliche Initiativen, Gewerkschaften und ReligionsvertreterInnen...) und dessen bei der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) und der Lawaetz-Stiftung angesiedelte Koordinationsstelle von Bedeutung sein.

Das *Mobile Beratungsteam von Arbeit und Leben Hamburg* und der DGB Jugend Nord wird auch in diesem Programm seine Arbeit fortsetzen: Beratung von Eltern, deren Kinder in die rechte Szene abgelenkt drohen; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen extrem rechte Präsenz wie szenetypische Bekleidungsgeschäfte oder sich jährlich wiederholende Aufmärsche in ihrem Umfeld wehren wollen; Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen, die mit der Anmeldung von NPD-Ständen konfrontiert sind; Beobachtung von neuen und alten AktivistInnen, Organisationen und Strukturen der extremen Rechten; Beratung von BürgerInnen, die in ihren Sportstätten, Kleingartenvereinen oder an ihren Arbeitsplätzen rechte Parolen erleben... Darüber hinaus ist das MBT an einer Vielzahl von Veranstaltungen und Workshops beteiligt, gibt Ratgeber und Bildungsbausteine heraus und kooperiert auf Bundesebene mit den anderen Beratungsteams.

Seit Ende vergangenen Jahres baut der CJD Hamburg und Eutin mit „*Kurswechsel*“ ein Projekt zur Ausstiegsarbeit Rechts auf, das sozialraumorientierte Ausstiegsarbeit in Hamburg anbietet. Dabei stützt sich das Team aus SozialpädagogInnen und JuristInnen/ KriminologInnen auf zwei zentrale Säulen: Einerseits Distanzierungsförderung und Ausstiegsbegleitung für distanzierungs- und ausstiegswillige Menschen mit Sympathien für die Kontakte zur oder einer Verortung in der rechtsextremen Szene bzw. mit rechtem Weltbild. Andererseits hält das Projekt Bildungs- und Beratungsangebote für Fachkräfte und MultiplikatorIn-

nen zur Unterstützung von Distanzierungs- und Ausstiegswilligen vor. Zurückgreifen kann das Projekt dabei auf die umfassenden Erfahrungen in der Bildungs-, Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit im Schwesterprojekt *JUMP!* in Mecklenburg-Vorpommern. „*Kurswechsel*“ begreift Distanzierungsförderung und Ausstiegsbegleitung als einen Part in der Bekämpfung von Rechtsextremismus, wobei Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Problem verstanden wird, das sich auch aus der Mitte der Gesellschaft speist und ebenfalls dort bekämpft werden muss.

Im März 2015 gerade erst gestartet ist die *Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt* bei Arbeit und Leben Hamburg. Dieses momentan noch im Aufbau und in der Konzeptphase befindliche Projekt wird Betroffene und deren soziales Umfeld bei der Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen rechter Gewalt unterstützen und ihre Handlungsfähigkeit stärken. Es wird ein niedrigschwelliger, zugehender und parteilicher Ansatz verfolgt und mit einem weiten Gewaltbegriff gearbeitet, der sich auch auf strukturelle und symbolische Ebenen bezieht. Im Zentrum wird die direkte Hilfe für individuell Betroffene stehen. Daneben wird sich die Beratungsstelle für Empowerment der Betroffenen bzw. von Communities einsetzen. Im Sinne einer Einmischungsstrategie wird sich von der Beratungsstelle aus für die Entwicklung gesellschaftspolitischer Strategien zur positiven Veränderung der Rahmenbedingungen vor Ort engagiert. Vor diesem Hintergrund soll auch antiziganistisch oder sozialdarwinistisch motivierte Gewalt miteinbezogen werden. Die Beratungsstelle kooperiert mit der Opferhilfe Hamburg.

Die nächsten Monate werden zeigen, wie sich diese Vielzahl der jetzt neu startenden Projekte entwickelt, wie die kontinuierlich fortlaufenden Einrichtungen in den veränderten Bedingungen weiterarbeiten können und vor allem auch, wie diese breite Projektlandschaft mit den nicht staatlich geförderten, zivilgesellschaftlichen, ehrenamtlichen und unabhängigen Initiativen, Bündnissen und politischen Organisationen zusammen arbeiten werden und deren Engagement auch unterstützen können. ■

Das Mobile Beratungsteam gegen

Rechtsextremismus:

Beratung von Eltern, deren Kinder in die rechte Szene abzugleiten drohen; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen extrem rechte Präsenz wie szenetypische Bekleidungsgeschäfte oder sich jährlich wiederholende Aufmärsche in ihrem Umfeld wehren wollen; Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen, die mit der Anmeldung von NPD-Ständen konfrontiert sind; Hilfe für Gruppen und Einzelpersonen, die von rechten AkteurInnen, Organisationen oder Websites bedroht oder angegriffen werden; Beobachtung von neuen und alten AktivistInnen, Organisationen und Strukturen der extremen Rechten; Beratung von BürgerInnen, die in ihren Sportstätten, Kleingartenvereinen oder an ihren Arbeitsplätzen rechte Parolen erleben – die Tätigkeits- und Aufgabenfelder des Hamburger Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (MBT) sind sehr breit angelegt.

Sie erreichen das MBT unter:

mbt@hamburg.arbeitundleben.de
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de
www.hamburg.arbeitundleben.de
www.dgb-jugend-nord.de

Das Beratungsnetzwerk gegen

Rechtsextremismus:

Das BNW besteht mittlerweile aus mehr als 40 staatlichen und nicht staatlichen Institutionen aus Hamburg und dem Umland.

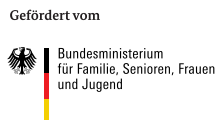
Die NetzwerkpartnerInnen treffen sich regelmäßig, tauschen ihre Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus aus und entwickeln Gegenstrategien. Die Koordinierungsstelle ist bei der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Diese leitet auch Anfragen direkt an das MBT weiter.

Tel: 040 42863 3625

Federführend zuständig ist die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Mehr Infos unter:

www.hamburg.de/beratungsnetzwerk

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!



HerausgeberInnen

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.

Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg Registernummer: VR 9937

Kontakt: Arbeit und Leben Hamburg e.V., Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Telefon: 040 284016-68

E-Mail: mbt@hamburg.arbeitundleben.de

V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann, Arbeit und Leben Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Konzeption und Redaktionelle Betreuung: Fabian Kaufmann, Sarah Sott

Juristische Beratung: Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling

Gestaltung/Satz: pbd